

# **Schwarz-Gelb fehlen 1,4 Milliarden**

## **Stellungnahme der Grünen Landtagsfraktion zum Ergebnis der Haushaltsstrukturkommission von CDU und FDP**

Der Landtag Schleswig-Holstein hat als erster eine eigene Schuldenbremse in seine Landesverfassung geschrieben. Dafür haben wir Grüne uns stark gemacht und haben uns damit auch verpflichtet, eine Konsolidierungspolitik für Schleswig-Holstein zu entwickeln.

Die Verschuldung des Landes ist für uns nicht allein ein fiskalisches Problem, denn wir können nicht weiter zu Lasten der nächsten Generation (ab)wirtschaften. Wir können es auch deshalb nicht, weil eine explodierende Verschuldung absehbar zu weit härteren Einschnitten und Verlusten als eine Schuldenbremse führt und letztendlich unseren Staat in die Verarmung treibt.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Anstrengung, die erforderlich ist, war es ein politischer Fehler von CDU und FDP, die Sparmaßnahmen im geheimen Kämmerlein unter Ausschluss von Fachleuten und Opposition auszuarbeiten. Das Mindeste wären All-Parteien-Gespräche gewesen, das Beste eine breite gesellschaftliche Beteiligung. Denn der Konsolidierungspfad des Landes wird länger andauern, als die jetzige Regierung und ihre Protagonisten im Amt sein werden. Es wäre vernünftig gewesen, mit einer demokratischen statt autoritären Geste in die Spardebatte zu gehen. Es ist kein Wunder, dass die erste Reaktion fast aller Betroffenen und Verbände schroffe Ablehnung war. So wollte es die CDU-FDP-Koalition, so hat sie es bekommen.

Wozu der von CDU und FDP gewählte Weg führt, hat die Debatte der letzten Tage gezeigt. Wenn Papiere ohne vorherige Beratung mit Fachleuten beschlossen werden, wird dies zu Recht als ignorant wahrgenommen und wirkt kontraproduktiv. Dass nun auch noch bekannt wurde, dass Hintergrundpapiere und Risikoanalysen zwar erstellt, dem Parlament und der Öffentlichkeit aber nicht bekannt gemacht, ja öffentlich verleugnet wurden, droht aus dem gesamten Prozess ein Fiasko werden zu lassen - oberflächlich nur für die Regierung. Doch weit schlimmer: Die BürgerInnen werden verprellt und damit droht der bitter notwendige Kurs einer allgemein getragenen Haushaltskonsolidierung zu scheitern.

Ministerpräsident Carstensen hat sich das Ergebnis der Haushaltsstrukturkommission zu eigen gemacht und von den Koalitionsabgeordneten bedingungslose Zustimmung gefordert. Statt einer breiten gesellschaftlichen Debatte über ein ausgewogenes

Konsolidierungskonzept wird Gehorsam erwartet. Diese Art von Basta-Politik kann nicht gelingen.

Es muss aber ein Weg gefunden werden, den notwendigen Konsolidierungskurs einzuleiten und die Debatte zielgerichtet und ergebnisorientiert zu führen. Dazu hat die Grüne Landtagsfraktion ihren Kurs abgesteckt. Wir sind überzeugt, dass die Menschen im Land zum Sparen und zu Einschnitten bereit sind – nur müssen sie wissen, dass es gerecht zugeht und dass es eine belastbare Gesamtrechnung gibt, aus der sich ablesen lässt, wer wann welchen Beitrag zu leisten hat. Deshalb tragen wir nach, was im Konzept der Landesregierung fehlt und korrigieren, was falsch ist:

1. Es fehlt eine politische Zielvorstellung
2. Es fehlen Einnahmesteigerungen
3. Die Rechnung geht nicht auf
4. Die Wachstumserwartungen sind zu optimistisch
5. Es fehlen strukturelle Veränderungen
6. Bildung wird sträflich vernachlässigt
7. Klimaschutz und Energiewende: Fehlanzeige
8. Zusammenfassende Grüne Bewertung der Vorschläge von CDU/FDP

### **1. Es fehlt eine politische Zielvorstellung**

Die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission machen tatsächlich vor unbequemen Debatten nicht Halt. Die Einschnitte im Straßenbau, der einzelbetrieblichen Förderung, bei der Landwirtschaftskammer, der Rückzug aus dem Flughafen Holtenau, der Verkauf des Landeskulturzentrums Salzaue – das alles ist anerkennenswert und trifft schwarze-gelbe Lieblingsprojekte. Diese Anerkennung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Konzept weder fachlich fundiert noch ausgewogen ist: es ist eine buchhalterische Übung, aber ein politischer Rohrkrepierer.

Die größte Schwäche des Konzepts ist, dass ihm eine politische Zielvorstellung fehlt. Es gibt keine Idee, wie das Land 2020 aussehen soll, wie es seine wirtschaftliche Kraft und seine Arbeitsplätze generieren, wie ein gerechtes Schul- oder Hochschulsystem aussehen und wie die Herausforderungen des Klimawandels zu einer Erfolgsstory für unser Land werden können. Finanzpolitik kann aber nicht Strukturplanung ersetzen. Ein Hochschulkonzept, ein Kulturentwicklungsplan, eine Wirtschaftsstrategie – all das fehlt. Da alle Erfahrung mit dieser Regierung zeigen, dass es gar keine Ansätze zu solcher Planung gibt, kann ein Sparkonzept ohne Plan nur scheitern.

Dass die geplanten Kürzungen bei den Schulen der dänischen Minderheiten inzwischen zu erheblichen Unruhen in der gesamten Grenzregion führen und dass der Kreisverband der Lübecker CDU den Rücktritt des eigenen Wissenschaftsministers fordert, macht in erschreckender Weise das dilettantische Vorgehen von CDU/FDP deutlich. Außer einer

festgesetzten Sparsumme gab es scheinbar keine Vorgaben - Wir erleben den Höhepunkt des bürgerlichen Trauerspiels!

## **2. Es fehlen Einnahmesteigerungen**

Das Konzept ist nicht sozial ausgewogen. Die Gerechtigkeitskomponente Steuererhöhung fehlt. Bundestag und Bundesrat haben mit den Stimmen von CDU und SPD bzw. CDU und FDP in den letzten beiden Jahren Steuergesetze beschlossen, die Schleswig-Holstein jährlich 400 Millionen Euro kosten. Eine Katastrophe für den Landeshaushalt. Ein Drittel des strukturellen Haushaltsdefizits ist selbst produziert. Diese Steuersenkungen jetzt durch Sparmaßnahmen wieder auszugleichen - die fast täglichen Demonstrationen vor dem Landeshaus und im ganzen Land zeigen es – ist auch politisch falsch.

Ein Sparpaket in der geplanten Dimension wird nur Akzeptanz finden, wenn es auch ein Solidarpaket ist. Daher kommen wir an Steuererhöhungen nicht vorbei. Das Mindeste, was die Landesregierung dazu beitragen muss, ist über den Bundesrat große Teile des unsäglichen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes wieder rückgängig zu machen. Steuergeschenke an reiche ErblInnen und HotelbesitzerInnen zu Lasten des Landeshaushaltes sind unverantwortlich.

Die Zukunftsaufgabe Bildung darf bei der Sparoperation nicht unters Messer geraten. Wenn es die Landesregierung mit dem Spruch „Bildung ist unsere Zukunft“ ernst meint, muss sie aber auch den Mut haben, sich für weitere Steuererhöhungen einzusetzen: für eine Vermögensabgabe, für die Anhebung des Spitzensteuersatzes, für eine Finanztransaktionssteuer. Ohne Steuererhöhungen wird jedes Sparpaket in eine Schräglage geraten.

Wir treten für Steuererhöhungen auch ein, weil nicht alle europäischen Länder zeitgleich massive Sparprogramme fahren können. Das würde europaweit die Konjunktur abwürgen und neue Probleme auf den Finanzmärkten bringen. Auch die Landesregierung redet vom „Konsolidieren und Investieren“ und davon, dass streichen und kürzen allein keine Politik sei, die erfolgreich sein könne. Ohne zusätzliche Einnahmen bleibt diese Aussage aber nur ein Lippenbekenntnis ohne Folgen. Dazu bringen wir im Juni einen entsprechenden Antrag in den Landtag ein. Auch unseren Gesetzentwurf zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer haben wir erneut eingebracht. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass Finanzminister Wiegand diese Steuererhöhung nicht mehr ausschließt und erwarten eine Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. Zögerliches Handeln bei Einnahmesteigerungen können wir uns nicht länger leisten.

Wird der Weg der Steuererhöhungen nicht gegangen, müssen Jahr für Jahr Millionen an öffentlichen Zuschüssen aus dem Land gezogen werden. Im Jahr 2020 stünden dann mehr als 1,7 Mrd. Euro weniger als heute (siehe Tabelle 2) für öffentliche Ausgaben zur Verfügung. Dadurch brechen zentrale Strukturen weg, alle ehrenamtlichen Initiativen

zerschlagen, Bildung abgebaut, die öffentliche Sicherheit gefährdet und auch infrastrukturelle Impulse können nicht mehr gegeben werden. Das Land würde jede Chance auf Entwicklung und Wachstum verschenken.

Deshalb müssen Sparsbemühungen mit Einnahmesteigerungen Hand in Hand gehen. Die Mehrheit im Bundesrat für Steuererhöhungen zugunsten von Ländern und Kommunen scheint zurzeit gegeben - sie muss genutzt werden.

### **3. Die Rechnung geht nicht auf**

Die Haushaltsstrukturkommission gibt vor, mit ihrem Sparpaket den Konsolidierungspfad einhalten zu können. Die vorgelegten Zahlen machen deutlich, dass das für 2011 und 2012 durchaus funktionieren kann. Auch in unserem Grünen Haushaltspapier waren wir zu einer ähnlichen Prognose für die nächsten beiden Jahre gekommen.

Aber von einem Konsolidierungspfad bis 2020 ist die Landesregierung noch weit entfernt. Finanzminister Wiegard scheint dieses genau zu wissen, denn eine mittelfristige Finanzplanung und eine transparente Rechnung hat er bisher nicht vorgelegt. Die Zahlen im schwarz-gelben Konzept sind nicht mal addiert - als gäbe es kein Excel-Programm im Finanzministerium. Der Finanzausschuss wurde auf Juli vertröstet. Die diesem Konzept zu Grunde liegende – hoffentlich vorhandene - Finanzplanung wird als Geheimdokument eingestuft.

Dabei ist das Mindeste, was eine Landesregierung in einer so schwierigen Situation leisten muss, Transparenz und Verlässlichkeit herzustellen. Geschieht dieses nicht, so weiß niemand, ob der eigene Beitrag wichtig ist oder nicht, wofür all die Opfer gebracht werden müssen.

Stattdessen befürchten alle zu Recht, dass ehrliche Politik wieder einmal durch Salamtaktik ersetzt wird und dass Jahr für Jahr neue Einschnitte verkündet werden. Das aber ist für alle Beteiligten zermürend. So schließt man nicht die Reihen, sondern verprellt Vereine und Verbände, Hochschulen und Schulen und die betroffenen MitarbeiterInnen der Landesverwaltung.

Um Klarheit in die Debatte zu bringen, haben wir das CDU-FDP-Konzept nachgerechnet. Wir haben die Zahlen aus der aktuellen haushaltspolitischen Broschüre der CDU-Fraktion zu Grunde gelegt, die prognostizierten Zinsausgaben durch die Zahlen des Finanzministers ersetzt („Masterplan Zinsen“) und die Reduzierung des geplanten Personalabbaus auf 5.300 (statt 5.600) aktualisiert. Danach sind wir von der positivsten Annahme im Sinne der Regierung ausgegangen: Von den 300 Mio. Euro (reduzierte Zuweisungen 2011 und 2012) ist ein Großteil im Detail noch nicht aufgeschlüsselt, und laut Haushaltsrunderlass kommen diese Einsparungen zum Teil nur rechnerisch zustande, weil die Rückführung des Konjunkturprogramms als Einsparsumme gerechnet wird. Wir sind davon ausgegangen, dass die von der CDU berechnete Reduzierung des

Personalbudgets alle Maßnahmen wie Zusammenlegung Katasterämter, Auflösung Justizvollzugsanstalten, Anhebung Pensionsalter, Personalabbau, Altersteilzeit- und Vorruhestandsregeln einschließlich der Reduzierung von Sachausgaben enthält, so wie in der Broschüre „Neuverschuldung auf Null reduzieren“ dargestellt.

Wir haben also die Annahmen von CDU und FDP zu Grunde gelegt – auch wenn sie erst einmal nur auf dem Papier stehen. Und trotzdem, für all dies den Erfolg unterstellt, kommen CDU und FDP bis 2020 auf „nur“ 347 Mio. Euro Einsparsumme. Davon liegen mindestens 48 Mio. Euro Einsparungen im Bildungsbereich! Hier liegt der größte Dissens zu unserem Grünen Ansatz. Die Sparpolitik der Landesregierung ist eine Bildungssparpolitik. Wir halten das für falsch, ja unverantwortlich. Auch reicht der Betrag – trotz seiner enormen Höhe - bei weitem nicht, um die Lücke zu schließen. Hinzu kommen mit Sicherheit weiter steigende Ausgaben durch Bundesrecht, die bisher nur teilweise im Haushaltskonzept berücksichtigt wurden.

*Tabelle 1: Sparvorschläge Haushaltskommission CDU/FDP 2012-2020 (Zuwendungen)<sup>1</sup>*

in Mio. Euro	2012	2015	2020
Pauschale Einsparung ab 2011/12	300	300	300
Zusätzliche Einspareffekte durch Haushaltsstrukturkonzept		39	47
<b>Gesamtsparsparvorschläge Regierung</b>		<b>339</b>	<b>347</b>

Dramatisch stellt sich die Lage dar, wenn wir die vorgelegten Vorschläge von CDU und FDP bis 2020 rechnen. Das Konzept der Landesregierung geht überhaupt nicht auf, trotz der vorgelegten Sparmaßnahmen fehlen noch immer zirka 1,4 Mrd. Euro in 2020 (s. Tabelle 2). Eine Summe, die Schleswig-Holstein ohne massive Einnahmesteigerungen niemals durch Sparmaßnahmen aufbringen kann, ohne das Land in Schutt und Asche zu legen.

<sup>1</sup> Die pauschale Einsparsumme von 300 Mio. Euro spiegelt die Reduzierung des „Budget für Zuweisungen“ bis 2012 von 3,4 auf 3,1 Milliarde Euro wider. Sie beinhaltet neben den Vorschlägen der Haushaltsstrukturkommission die noch nicht bezifferten pauschalen Einsparungen bei Vereinen und Verbänden und wie im Haushaltsrunderlass der Landesregierung erläutert die rechnerische Berücksichtigung des auslaufenden Konjunkturprogramms – was natürlich keine Einsparung sondern eine Rücknahme einer einmaligen Förderung ist.

Tabelle 2: Haushaltsvergleich 2010 mit 2020

In Mio. Euro	2020
Anstieg Steuereinnahmen (bei durchschnittlich 2,5 Prozent Wachstum)	+1.500
2010 aufgenommene neue Schulden (müssen bis 2020 auf Null reduziert werden)	- 1.250
Zusätzliche Ausgaben kommunaler Finanzausgleich durch Steuermehreinnahmen	- 250
Anstieg Zinsausgaben (mehr Schulden, höhere Zinsen)	- 1.154
Anstieg Personalausgaben (1% p.a.) bei Streichung von 5.300 Stellen	- 615
<b>Summe</b>	<b>- 1.769</b>
Sparmaßnahmen im Haushaltsstrukturkonzept CDU/FDP	347
<b>Haushaltslücke 2020 nach Sparkonzept Landesregierung</b>	<b>zirka 1.400</b>

Tabelle 2 macht auch deutlich, dass die Personalausgaben des Landes trotz Streichung von 5.300 Stellen bis 2020 immer noch um mehr als 600 Millionen Euro (v.a. durch Pensionen und Tarife) steigen.

Wir fordern den Finanzminister auf, zügig eine Gesamtplanung bis 2020 vorzulegen. Er muss offen benennen, wie groß die Finanzierungslücke bis 2020 tatsächlich ist und welches Konzept die Landesregierung verfolgt, um diese Lücke mittelfristig zu schließen.

#### 4. Die Wachstumserwartungen sind zu optimistisch

Die Grundannahme der Landesregierung ist, dass die Steuereinnahmen bis 2020 um durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr steigen. Abgeleitet wird das von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent. Diese Annahme halten wir für sehr optimistisch. Wenn das Wachstum in den kommenden Jahren bis 2020 im Schnitt nur 0,5 Prozent unter diesen Erwartungen liegt, fehlen dem Land allein im Jahr 2020 auf der Einnahmenseite zirka 300 Mio. Euro zusätzlich.

Der Finanzminister selbst geht bereits davon aus, dass die Einnahmen bis mindestens 2014 unter dem „konjunkturellen Normalfall“ – also unter dem durchschnittlichen Steigerungswert von 2,5 Prozent - liegen. Für 2010 plant er über die in der Landesverfassung erlaubte Nettoneuverschuldung hinaus zusätzliche Schulden aufzunehmen, die dann ab 2015 zurückgezahlt werden sollen. Damit bräuchten wir ab 2015 bis 2020 Wachstumsraten von 3 bis 5 Prozent. Finanzminister Wiegard träumt offenbar von den alten Zeiten des Wirtschaftswunders. Und das in einer Zeit, in der Land, Bund und Kommunen durch ihre Sparmaßnahmen massiv Geld aus dem Wirtschaftssystem ziehen. Mit der Steigerung von Ausgaben hat Deutschland jahrzehntelange Erfahrungen gemacht, mit einer derart hohen Rücknahme öffentlicher Förderung nicht. Die volkswirtschaftlichen Folgen kennt niemand. Wer Hochschulen schließt, die Infrastruktur vernachlässigt, Investitionsförderung drastisch reduziert und auf

hohe Summen von EU- und Bundesmitteln verzichtet, muss zumindest planerisch davon ausgehen, dass dieses auch zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wachstumsraten geht.

## **5. Es fehlen strukturelle Veränderungen**

Neben dem Mangel an einer politischen Zielvorstellung fehlen in dem Konzept vor allem auch Aussagen für notwendige strukturelle Veränderungen. CDU und FDP scheuen eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Strukturfragen der Kommunalverwaltung, des Länderfinanzausgleichs, des Hochschulfinanzsystems, dem föderalen Aufbau Deutschlands. Die Passage zur Verwaltungsstrukturreform blendet die Folgen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts aus, ja, verschlimmert die verfassungswidrigen Probleme, wenn die unzureichend legitimierten Ämter nun zu noch größeren Gebilden zusammengeschlossen werden sollen. Auch hier wird kein Weg zur Reform im Land aufgezeigt, obwohl klar ist, dass ein spürbarer Personalabbau ohne Verwaltungsreform weder im Land noch in den Kommunen erreicht werden kann. Außerdem vermissen wir eine Verzahnung der anstehenden Verwaltungsstrukturreform mit den Fragen der Schulentwicklungsplanung, der Aufstellung des Landesentwicklungsplans, der Krankenhausfinanzierung u.a. Die Grüne Fraktion wird im Juni erneut einen Antrag zur Verwaltungsstrukturreform in den Landtag einbringen.

Da das Regierungskonzept schon den strukturellen Änderungsbedarf im Land außer acht lässt, wundert es nicht, dass auch die notwendige Kooperation mit Hamburg im Haushaltskonzept fehlt. Und das, obwohl jedem klar sein müsste, dass auch sie als Sparmöglichkeit durchbuchstabiert werden muss und beispielsweise für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein und für die Universitäten ganz neue Perspektiven der Kooperation aufzeigen könnte.

## **6. Bildung wird sträflich vernachlässigt**

Zuerst schien es, Rolands Kochs Vorstoß, „Bildungsinvestitionen“ gegen Sparmaßnahmen auszuspielen, sei eine singuläre Attacke. Aber auch die schleswig-holsteinische Regierung hat dem Ziel von 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ihre Zustimmung in der Kultusministerkonferenz verweigert. Das ist fatal, denn Bildung ist die Schlüsselaufgabe für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft. Deshalb korrespondieren die Bildungsgipfelbeschlüsse mit der Schuldenbremse. Beide verfolgen das gleiche Ziel: Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Sie sind zwei Wege, die sich bedingen, der eine ist nicht der Feind des anderen, sondern sie bilden eine Allianz. Eine Schuldenbremse ohne Bildungsinvestitionen führt zur gesellschaftlichen Bruchlandung.

Gute Bildung ist die beste Armutsbekämpfung und ein Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sind die Zukunftsschmieden unseres Landes und sichern unseren wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb muss die

Landesregierung auch am Bildungspakt festhalten und die vom Bund zugesagte Unterstützung von jährlich 100 Millionen Euro für Schleswig-Holstein eintreiben. Nur so kann es gelingen, Kürzungen zu vermeiden und neue Studienplätze zu schaffen. Die Einsparungen durch den Abbau von Lehrerstellen müssen als Bildungsinvestition im System bleiben.

*Tabelle 3: Kürzungen im Bildungsbereich*

In Mio. Euro	2012	2020	2020
Einsparung von LehrerInnenstellen (600 in 2012, 3.650 in 2020) à 62.000 Euro	37,2	226,3	
Einsparungen nach CDU/FDP Haushaltsstrukturkonzept	48,45	75,85	Differenz: 48 mio
Mehrausgaben nach Haushaltsstrukturkonzept und Pflichtaufgaben	-27,7	-27,7	
<b>Gesamt</b>	<b>58</b>	<b>275</b>	

Die geplanten Kürzungen im Bildungsbereich von 58 Mio. Euro in 2012 und von 275 Mio. Euro in 2020 sind nicht vertretbar.

Das Haushaltsstrukturkonzept beschäftigt sich ausführlich mit dem schlechten und rückwärtsgewandten Schulgesetz von Minister Klug, ohne seine finanzrelevanten Folgen einzubeziehen. Mehr Schularten bedeuten aber nicht weniger, sondern mehr Lehrerstellen, ohne dass sich die Qualität verbessert. Das ist – neben dem bildungspolitischen Fiasko – auch finanzpolitisch mehr als kontraproduktiv. Wir fordern die Landesregierung auf, ihren Schulgesetzentwurf zurückzunehmen. Der Landesrechnungshof hat schon vor Jahren angemahnt, dass unser Land eigentlich „Eine Schule für Alle“ einführen sollte, höchstens aber zwei weiterführende Schulsysteme: die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium. Wirtschaftlichkeit und das beste pädagogische Konzept passen also perfekt zusammen. CDU und FDP müssen dies umsetzen, statt Geld zu verschwenden und die Zukunft unserer Kinder auf Spiel zu setzen.

Auch bei der Beitragsfreiheit für Kitas stehen CDU und FDP für Abbruch statt Aufbruch. Das vor der Wahl gegebene Versprechen, die Beitragsfreiheit trotz knapper Kassen zu erhalten, ist zum Wahlbetrug geworden. Daran wird sich die Grüne Fraktion nicht beteiligen und gegen die Änderung des Kita-Gesetzes stimmen. Wer durch die Abschaffung der Beitragsfreiheit 35 Millionen Euro einkassiert und nur 10 Millionen bei den Betriebskostenzuschüssen drauf packt, klaut den schon jetzt unterfinanzierten Kitas 25 Mio. Euro. Die von uns mehrfach angemahnte Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 4,5 Prozent könnte den vorschulischen Bereich mit zirka 45 Mio. Euro stärken. Dazu haben wir erneut einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht und werden mit der Initiative „Kürzt den Kindern nicht die Zukunft“ beraten, wofür dieses Geld am effektivsten eingesetzt werden sollte: ob Beitragsfreiheit, Sozialstaffel, Angebots- und Qualitätsverbesserung oder warme Mahlzeiten – der Bedarf für eine bessere finanzielle

Ausstattung der Kitas ist riesengroß. Ohne zusätzliche Unterstützung können die Kommunen diese Aufgaben nicht bewältigen.

Die Landesregierung bricht bei den Hochschulen im Land mit ihrer Planung alle bundesweit getroffenen Vereinbarungen und betreibt Studienplatzabbau statt -aufbau. Das hat mit der hochschulpolitischen Wirklichkeit nichts zu tun und wird den Doppelabiturgängen, die bundesweit auf uns zurollen, nicht gerecht. Schon jetzt bietet Schleswig-Holstein im Ländervergleich zu wenig Studienplätze an. Wir lehnen die geplante Schließung der Medizinausbildung in Lübeck und das Aus der Wirtschaftswissenschaften in Flensburg ab. Schleswig-Holstein muss endlich eine fachlich fundierte Hochschulplanung auf den Tisch legen und sich auf Bundesebene für einen Hochschullastenausgleich einsetzen, damit anerkannt wird, welchen finanziellen Anteil das Land durch überproportional viele Medizinstudienplätze trägt. Auch in der Qualität mangelt es an Konzepten. Statt eine Offensive für die Umsetzung der Bachelor/Master-Studiengänge, verbesserte Betreuungsschlüssel und bessere Lehre zu starten, passiert nichts.

Dass CDU und FDP auch im Hochschulbereich ihre Vorschläge ohne Hinzuziehung von Fachleuten erarbeitet haben, bringt die Politik insgesamt in Misskredit. Deutlicher als die Mitglieder des Universitätsrates kann man es nicht sagen: „Das Land kann nicht wettbewerbsfähig werden, wenn es nicht auf Forschung, Innovation und akademische Qualifikation zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben setzt“. Auch hier gilt für die Landesregierung: Zurück auf Los.

## **7. Klimaschutz und Energiewende: Fehlanzeige**

Wer in einem Konzept „Handlungsfähigkeit erhalten – Zukunftschancen ermöglichen“ mit keinem Wort erwähnt, dass Klimaschutzinvestitionen eine zwingende Zukunftsinvestition sind, hat die Realität verschlafen. Erderwärmung, CO<sub>2</sub>-Reduzierung, Wärmedämmung - scheinbar hat der Taschenrechner das Denken ersetzt. Die Landesregierung hat den Küstenschutz zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Der beste Küstenschutz ist jedoch die CO<sub>2</sub>-Vermeidung.

Neben der notwendigen Energiewende, bei der die Landesregierung mit ihren eigenen Liegenschaften vorangehen sollte, macht uns insbesondere der landwirtschaftliche und ländliche Bereich große Sorgen. Gerade die Landesregierung hat hier große Spielräume, um die ländliche Wirtschaftsentwicklung endlich am Klimawandel auszurichten und damit auch Chancen für die dort Beschäftigten zu eröffnen. Bisher haben CDU und FDP keinen Willen gezeigt, die LandwirtInnen zu AkteurInnen des Klimaschutzes zu machen. Sogar aus der Förderung der klimaschonenden Ökolandwirtschaft will die Landesregierung sich verabschieden.

Die Landesregierung besitzt weder eine Strategie zur Nutzung der Hebeleffekte von EU-Mitteln (z.B. durch alternative Ko-Finanzierungen), noch scheint sie Ideen zur eigenen

Schwerpunktsetzung und Verankerung von Klimaschutzzielen im landespolitischen Regelungsbereich zu besitzen. Wir fordern die Landesregierung auf die gesamte Wirtschaftsförderung im Sinne eines Green New Deal klimafreundlich auszurichten.

## **8. Grüne Bewertung der Vorschläge von CDU/FDP**

Die Grüne Landtagsfraktion hat sich mit dem Haushaltskonzept von CDU und FDP intensiv auseinandergesetzt und diskutiert, welche Einsparvorschläge von uns mitgetragen werden bzw. welche sich mit unseren eigenen Vorschlägen decken. Auch haben wir unser Konzept mit dem von CDU und FDP verglichen und analysiert, welche unserer Vorschläge nicht aufgenommen wurden. Diesen Prozess der differenzierten Bewertung werden wir auch in den nächsten Monaten weiter fortsetzen. Ein pauschales Nein wird es von uns nicht geben – auch wenn es uns die Landesregierung mit ihrem dilettantischen Vorgehen und mit ihrem fehlenden Gesamtkonzept nicht einfach macht, auch nur Teilen des Konzeptes öffentlich zuzustimmen.

Sofern nachhaltige Spareffekte nachgewiesen werden können, trägt die Grüne Landtagsfraktion nach jetzigem Beratungsstand folgende Maßnahmenvorschläge der CDU/FDP Haushaltsstrukturkommission mit:

- Sparmaßnahmen beim Landtag, der Landesregierung, dem Landesrechnungshof.
- Personaleinsparungen (aber 4.800 statt 5.300 Stellen), wobei der Gegenwert der eingesparten Lehrerstellen zur Aufstockung des Bildungsetats dienen soll
- Weitere strukturelle Sparmaßnahmen im Personalbereich, einschließlich Hochsetzung der Altersgrenze, Streichung der Jubiläumsszulage, Erhöhung der Selbstbehalt Beihilfe, Einschränkung der Sitzungsgelder und der Freistellung der Personalräte, Schließung kleinerer Justizvollzugsanstalten, Wegfall von Aufgaben bei der Polizei, Reform der Finanz- und Katasterverwaltung u.a.
- Streichung des Zuschusses zum Schleswig-Holstein-Tag, zu Investitionsförderung Biomasse, zur Tourismusagentur, zum Flughafen Kiel-Holtenau, zu Bildungsmaßnahmen in der Landwirtschaftskammer; weitgehende Einstellung der einzelbetrieblichen Förderung und das Auslaufen der Enterprise Europe Network
- Kürzung des Zuschusses zum Schleswig-Holstein Musikfestival (allerdings muss die Höhe der Kürzung geprüft werden), Reduzierung des Städtebaus, des Straßenbaus, der Norddeutsche Life Science Agentur Norgenta, bei der Landwirtschaftskammer, beim Landeslabor, bei der Förderung Integrierte Ländliche Räume sowie einer Reform der Prozesskostenhilfe und der Arbeitsmarktförderung
- Dämpfung des Kostenanstiegs bei der Eingliederungshilfe, Neuordnung der Krankenhausfinanzierung über Wohnungsbauzweckvermögen
- Einführung einer gerechten Küstenschutzabgabe
- Verkauf der AKN-Anteile (bei Beibehaltung der Infrastruktur in öffentlicher Hand), Verkauf des Landeskulturzentrums Salgau, Kommunalisierung/Privatisierung der Häfen, Auflösung der Innovationsstiftung

- Öffentlich private Partnerschaft bei den Baumaßnahmen des Universitätsklinikums, sofern eine Privatisierung des Betriebs des UKSH ausgeschlossen wird.

Folgende Maßnahmen lehnt die Grüne Landtagsfraktion nach dem bisherigen Beratungsstand ab:

- Kürzungen im Bildungsbereich
- Kürzungen beim Freiwilligen Ökologischen Jahr
- Privatisierung des Betriebs des UKSH
- Kürzungen beim Landesblindengeld
- Schließung der Beratungsstellen Frau & Beruf, Kürzungen bei Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
- Weitgehende Einstellung der Förderung des ökologischen Landbaus
- Reduzierung des Zuschusses zu den Landesforsten zu Lasten der Neuwaldbildung.

Nach Vorlage des Doppelhaushalts 2011/12 werden wir uns als Fraktion zu allen Sparvorschlägen der Regierung positionieren. Weitere Konsolidierungsvorschläge finden sich im Grünen Haushaltsstrukturkonzept vom März. Diese Maßnahmen werden wir bei den Haushaltsberatungen wieder aufgreifen und aufzeigen, welche Einsparalternativen wir für die von uns abgelehnten Sparmaßnahmen haben.

Allerdings sehen wir Bildung nicht als „Grünes Privatvergnügen“ an, sondern als die zentrale gesellschaftliche Aufgabe zur Zukunftssicherung unseres Landes. CDU und FDP planen im Jahr 2020 durch Stellenstreichungen und reduzierte Zuschüsse 275 Millionen Euro im Bildungsbereich zu kürzen. Solch ein Einschnitt wäre dramatisch. Deshalb sind alle Fraktionen aufgefordert, Alternativen für die geplanten massiven Einschnitte im Bildungsbereich zu suchen. Außerdem muss der Ministerpräsident die 100 Mio. Euro wieder finden, die ihm angeblich von Kanzlerin Merkel im Gegenzug für die Zustimmung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugesagt worden sind. Wie auf dem Bund-Länder Bildungsgipfel vereinbart, muss es zukünftig mehr Geld für Bildung geben. Und darum muss sich das Land genauso beteiligen wie der Bund.